

Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 86

Zeno, Julius, Herta – Samstag, 12. April 2014 – Petrus Waldus

1,60 € / B 4428 A

LOKALES

Sportsenat: Vereine müssen Miete für Schulturnhallen zahlen

REGIONALES

Holocaust-Leugnung: Urteil gegen Williamson ist jetzt rechtskräftig

BAYERN

Schülerorganisationen fordern neunjähriges Gymnasium

WIRTSCHAFT

BMW ruft fast eine halbe Million Autos in die Werkstätten

SPORT

Ex-Profi Poschner ist neuer Sportdirektor bei Münchner „Löwen“

Kanzlerin lobt die Aufbruchstimmung in Griechenland

Merkel ermuntert Athen zum Fortsetzen der Reformen
Samaras äußert sich erfreut über die jüngsten Erfolge

Athen. (dpa) Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das schuldengeplagte Griechenland zur Fortsetzung seines Reformkurses ermuntert und dabei weitere Unterstützung Deutschlands zugesagt. „Der Weg ist noch nicht zu Ende gegangen“, sagte die CDU-Politikerin am Freitag in Athen. Nach den Worten von Ministerpräsident Antonis Samaras wird Griechenland Reformen vorantreiben. Sein Land brauche aber kein weiteres, drittes Hilfsprogramm. Im Gegensatz zu Merkels vorigem Besuch in Athen blieben Massenproteste gegen die Politik der Bundesregierung aus.

Die Kanzlerin äußerte sich beim Thema Hilfen zurückhaltend. Im Herbst werde man klarer sehen, welches weitere Vorgehen nötig sei. Allerdings werde diese Debatte in einem „sehr viel optimistischeren Klima“ stattfinden. Ende 2014 laufe das jetzige Programm aus. Bis dahin werde erkennbar sein, wie etwa die langfristige Schuldenfähigkeit aussieht. „Ich glaube, wir kommen da ganz einfach zu Lösungen“, sagte die Kanzlerin.

Merkel ermunterte die Griechen: Harte Fakten zeigten, dass sich schwierigste Anstrengungen gelohnt hätten. Sie verwies auf leichtes Wachstum und zarte Anzeichen der Stabilisierung am Arbeitsmarkt. Sie sagte dem Euro-Partner weitere Hilfen zu, etwa beim Aufbau eines Wachstumsförderungsinstituts mit einem Darlehen von 100 Millionen Euro.

Nach den Worten Samaras' sind

die Zweifel an der Mitgliedschaft Griechenlands im Euro-Raum seit der erfolgreichen Rückkehr des Landes an die Kapitalmärkte vom Vortag vorbei. „Griechenland hat es geschafft“, sagte der amtierende EU-Ratspräsident. Merkel unterstrich dabei: „Für uns ist das ein Zeichen, dass Vertrauen zurückgekehrt ist zu Griechenland.“ Athen werde sich Schritt für Schritt vom Rettungsschirm befreien.

Grundsätzlich gelte: „Griechenland hat mehr Chancen als Probleme. In diesem Geiste werden wir die Zusammenarbeit ausbauen. Wir werden Griechenland, die Menschen in Griechenland auch weiter unterstützen“, betonte die deutsche Kanzlerin. Samaras erläuterte, sein Land wolle sich mit deutscher Hilfe bei Start-up-Unternehmen engagieren. Athen werde sich generell um mehr Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bemühen. Die Griechen hofften im Übrigen auch wieder auf mehr deutsche Touristen. Merkel sagte, gerade in den für Griechenland klassischen Wirtschaftsbereichen Tourismus und Landwirtschaft stecke viel Potenzial. Schwierig sei allerdings nach wie vor die Kreditklemme für griechische Unternehmen.

Die Kanzlerin hatte schon vor der abschließenden Pressebegegnung betont, Griechenland habe gezeigt, dass dem Land „mehr Möglichkeiten offenstehen, als sich Schwierigkeiten ergeben werden“. Viele Menschen sähen das angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit heute noch nicht. Seite 7/Wirtschaft



DAS LOS HAT ENTSCIEDEN: Der FC Bayern München trifft im Halbfinale der Champions League auf Real Madrid. Das zweite Duell der Vorschussrunde bestreiten Atlético Madrid und der FC Chelsea. Das ergab die Auslosung am Freitag in der Zentrale der Europäischen Fußball-Union UEFA in Nyon. Die Partien sind für den 22./23. und 29./30. April terminiert. Das Endspiel findet am 24. Mai in Lissabon statt. Sport

Bürger murren über die neue Trasse

Informationsveranstaltung über den aktuellen Planungsstand der B15 neu

Vilsbiburg. (be) Nur über wenige politische Themen wird vor allem im südlichen Landkreis Landshut seit Jahrzehnten so leidenschaftlich gestritten wie über die B15 neu. Das wurde auch am Donnerstag deutlich, als Gilbert Peiker von der Autobahndirektion Südbayern im Rahmen einer Infoveranstaltung in der Vilstalhalle den aktuellen Planungsstand des Fernstraßen-Projekts zwischen Landshut und der A94 im Landkreis Mühldorf vorstellte. Eine große Gruppe von B15 neu-Gegnern quittierte die Ausführungen immer wieder mit Pfiffen.

Hintergrund der jüngst wieder zunehmenden Auseinandersetzungen ist die Anmeldung der B15 neu für den neuen Bundesverkehrswegeplan. Wie seitens der Autobahndirektion erläutert wurde, habe man dafür eine grundsätzlich realisierbare Trassenplanung gebraucht. Diese wurde vor wenigen Wochen



Mehrere Hundert Bürger ließen sich am Donnerstag in Vilsbiburg über die aktuellen Planungen für die B15 neu informieren. (Foto: be)

öffentlich gemacht – und rief Kritik hervor, weil sie beispielsweise näher an Vilsbiburg und Bodenkirchen verläuft als frühere Trassenentwürfe. Gilbert Peiker betonte jedoch,

dass die Detailplanung für den Straßenverlauf noch nicht in Angriff genommen sei. Bei der kritisierten Trasse handle es sich nur um eine generelle Planungsgrundlage.

Ermittler will Szenario nicht gekannt haben

Bayreuth. (dpa) Im neuen Peggy-Prozess hat der frühere Chef-Ermittler ausgesagt, eine wichtige Akte nicht gekannt zu haben. Die Existenz dieses sogenannten Tathergangsszenarios ist der Grund, dass das Verfahren gegen den geistig Behinderten Ulvi K. wegen Mordes an der Neunjährigen wieder aufgerollt wird. „Dass ein solches Szenario erstellt wurde, ist mir selbst neu. Ich weiß erst seit einigen Wochen davon“, sagte der Zeuge Wolfgang Geier am Freitag vor dem Landgericht Bayreuth. Seite 4

Verkehrsprojekte kommen auf den Prüfstand

Dobrindt: „Erhalt geht vor Neubau“ – Weiterhin keine Details zur geplanten Pkw-Maut

Berlin. (dpa) Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt will bei Investitionen in Straßen und Schienen den Schwerpunkt auf Sanierung legen. „Erhalt geht vor Neubau“, sagte der CSU-Politiker am Freitag in der Haushaltsdebatte des Bundestages. Vor allem für marode Brücken sei ein Sonderprogramm erforderlich.

Für die mittelfristige Planung bedeute die Prioritätensetzung, „dass alle Projekte, die nicht bis 2015 in Bau sind, neu überprüft werden“. Dobrindt bekräftigte, dass Mautgebühren als Einnahmequelle ausgeweitet werden sollen. Zur Pkw-Maut, die 2016 starten soll, nannte er weiterhin keine Details. Die Opposition warf Schwarzrot einen falschen Umgang mit

Steuergeld vor. Linke-Haushaltspolitiker Roland Claus sagte mit Blick auf Pannen bei Großprojekten wie dem Hauptstadt-Flughafen: „In Ihrem Ministerium ist das viele Geld leider nicht in guten Händen.“

Zur Zukunft des Lkw-Mautsystems seien angesichts des 2015 auslaufenden Vertrags mit dem Betreiber Toll Collect zügige Entscheidungen nötig. „Was nicht geht, ist öffentliches Schwadronieren über eine Pkw-Maut für Ausländer und dem Parlament dazu kein Wort zu sagen“, sagte Claus an die Adresse Dobrindts. Der Grünen-Abgeordnete Sven-Christian Kindler monierte, außer markigen Sprüchlein gebe es nichts zum „Rohrkrepierer Pkw-Maut“. Dobrindt verteidigte die von der

Koalition angekündigte Gebühr gegen Kritik. Mit Nachbarländern, in denen es teils auch Bedenken gibt, sei er in guten Gesprächen. Es gelte aber: „Ich mache nicht die Verkehrspolitik für die Niederlande, ich mache die Verkehrspolitik für Deutschland.“ Dafür sei es gut, wenn mehr Geld für Investitionen eingenommen werde.

Gelten müsste eine Pkw-Maut für alle Autos, da EU-Recht eine Diskriminierung wegen der Nationalität untersagt. Einheimische sollen daher an anderer Stelle vollständig entlastet werden. Inwiefern dies umsetzbar ist, gilt als offen.

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol sagte, mit den von der schwarz-roten Regierung bis 2017 geplanten zusätzlichen fünf Milliarden Euro

für Investitionen würden überfällige Sanierungen angepackt. „Unser Motto heißt: ‚Wir reparieren Deutschland.‘“

Der Bundestag hat die damit erste Beratung des Haushalts für 2014 beendet. Finanzstaatssekretär Stefan Kampeter (CDU) bekräftigte am Freitag in der Schlussdebatte der Haushaltswoche das Ziel, im nächsten Jahr ohne neue Schulden auszukommen. Die „schwarze Null“ bedeute keine zusätzliche Zinsbelastung und damit mehr Gerechtigkeit für künftige Generationen. Der Entwurf von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht Ausgaben von 298,5 Milliarden Euro und neue Kredite von 6,5 Milliarden Euro vor. Er wird nun im Haushaltsausschuss beraten.

Anzeigenservice • 0871/8502510

61115
4 195746 601607

Vertriebsservice • 0871/8502410